

Antrag

der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, Alexander Dobrindt, Veronika Bellmann, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Reinhard Göhner, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Volker Kauder, Michael Kretschmer, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Wolfgang Meckelburg, Friedrich Merz, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Georg Nüßlein, Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Kurt J. Rossmanith, Hartmut Schauerte, Johannes Singhammer, Matthäus Strebl und der Fraktion der CDU/CSU

Wachstum in Deutschland und Europa stärken – Neue Strategie für Lissabon-Ziele entwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Ziel der im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, ist nicht mehr zu realisieren. Diese Einschätzung wird sowohl von Vertretern der aus dem Amt geschiedenen als auch der neuen Kommission geteilt und von den meisten Berichten bestätigt, die im Vorfeld des Europäischen Rates am 22./23. März 2005 zur Halbzeitüberprüfung des Lissabon-Prozesses veröffentlicht worden sind. Die überladene Agenda, miteinander konfligierende Prioritäten und unüberschaubare Strukturen der Lissabon-Strategie sowie vor allem fehlender politischer Wille in den Mitgliedstaaten sind nach Auffassung der Expertenkommission um den ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok für diese ernüchternde Bilanz verantwortlich.

Die neue Kommission unter Präsident José Manuel Barroso hat am 2. Februar 2005 mit einem neuen Entwurf der Lissabon-Strategie der Auffassung Nachdruck verliehen, dass ungeachtet des Zeitrahmens an dem übergeordneten Lissabon-Ziel festzuhalten ist. Sie plädiert dafür, die Ziele Wachstum und Arbeitsplätze in das Zentrum einer neuorientierten Lissabon-Strategie zu stellen. Die Europäische Kommission hat damit richtige Konsequenzen aus dem Scheitern der bisher verfolgten Strategie gezogen. Es liegt nun am Europäischen Rat, seinerseits Konsequenzen zu ziehen und dem Lissabon-Prozess neuen Schwung zu verleihen.

In den vergangenen fünf Jahren ist in Europa kein Aufholprozess gegenüber anderen Wirtschaftsräumen wie den USA zu verzeichnen gewesen, sondern die EU hat im internationalen Vergleich nicht Schritt halten können. Diese Tatsache lässt sich sowohl an den wenigen quantitativen Zielen als auch an den unzähligen Vorgaben ablesen, die bisher mit der Lissabon-Strategie verknüpft worden

sind. Das Verfehlen des Beschäftigungsziels, allenfalls bescheidene Wachstumsraten der Wirtschaft und die Verlangsamung des Produktivitätswachstums sind klare Indizien einer zu geringen Teilhabe Europas an der positiven globalen Konjunktorentwicklung.

So lag beispielsweise im Jahr 2003 im Europa der 25 das Pro-Kopf-BIP (BIP: Bruttoinlandsprodukt) bei 91,2 Prozent (EU-15 = 100), während die USA einen Wert von 140,3 Prozent aufwiesen. Die zu geringen Wachstumsraten in den EU-Mitgliedstaaten und folglich in der EU als Ganzes sind – nicht nur verglichen mit den aufstrebenden Wirtschaftsräumen China und Indien – der eigentlich alarmierende Faktor. Deutschland müsste mit einem Anteil von ca. 26 Prozent am BIP der EU-25 zu einer wesentlich besseren Bilanz beitragen. Stattdessen hat es einen Hauptanteil an der schlechten Entwicklung zu verantworten.

Ferner hat die Integration des europäischen Binnenmarktes an Geschwindigkeit verloren und die Marktöffnung z. B. der netzgebundenen Industrien ist ins Stocken geraten. Nach Auffassung aller Berichte ist es nach fünf Jahren nicht gelungen, die Vorteile des wissensbasierten Europas zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen. Bildung, Forschung und Entwicklung haben immer noch einen zu geringen Stellenwert. Die vorhandene Infrastruktur wird den gewachsenen Anforderungen des Binnenmarktes und des globalen Handels nicht mehr gerecht.

Das Zurückfallen im direkten Vergleich zu Asien und den USA deutet darauf hin, dass die Defizite Europas struktureller Natur sind. Die Herausforderungen der Erweiterung und der demographische Wandel spiegeln sich nur ansatzweise in den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung wider.

Die Gründe hinter dieser ernüchternden Bestandsaufnahme sind nicht primär auf europäischer Ebene, sondern vor allem in den Mitgliedstaaten selbst zu suchen. Deutschland nimmt hierbei eine unrühmliche Rolle ein, da es als größte Volkswirtschaft der Gemeinschaft nicht als Wachstumsmotor und Impulsgeber agiert. Im Gegenteil belegen die Zahlen, dass Deutschland das Wachstum in der Euro-Zone ausbremst. Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit wurde in den vergangenen Jahren wichtige Zeit vertan.

Die strukturellen Vorteile Deutschlands können die hohen Arbeitskosten immer weniger kompensieren. Die Belastung für Unternehmen durch Steuern und administrative Hemmnisse ist im internationalen Vergleich zu hoch. Die deutschen Sozialsysteme müssen der demographischen Entwicklung angepasst werden. Die Ausgaben für Bildung und Forschung bleiben hinter den vereinbarten Zielen zurück und haben eine zu geringe Ausstrahlung auf die Wirtschaft. Forschung als Aspekt der Rohstoffsicherung und Energiediversifizierung wurde insbesondere im außenpolitischen Kontext nicht hinreichend berücksichtigt.

Die Vollendung des Binnenmarktes ist in den Bereichen Energie, Verkehr und Kapital von der Bundesregierung nur unzureichend verfolgt und umgesetzt worden. Energiepolitik wird nicht als Standort- und Wirtschaftspolitik verstanden, was zu einer industrie-feindlichen Belastung des Faktors Energie durch eine Kombination aus Steuern und Abgaben geführt hat.

Die Bedeutung Deutschlands als Transitland hat durch die EU-Erweiterung stark zugenommen. Bisher wurden die damit verbundenen neuen Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur ebenso wie die sich neu ergebenden Chancen sträflich vernachlässigt. Die bürokratischen Anforderungen an unternehmerische Tätigkeit sind immer noch nicht auf das notwendige Minimum beschränkt. Die Beseitigung von Verwaltungshemmnissen ist nicht Selbstzweck, sondern bedeutet konkrete Kosteneinsparungen.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass an dem übergeordneten Lissabon-Ziel einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit unbedingt festgehalten

werden sollte. Die Strategie zur Erreichung dieses Ziels sollte aber überarbeitet und schlanker gestaltet werden. Die beiden zentralen Ziele der neugefassten Lissabon-Strategie müssen Wachstum und Arbeitsplätze sein. Diese Ziele dürfen nicht erneut durch eine Vielzahl von Nebenzielen verwässert werden. Die europäischen Gesetzesvorhaben der vergangenen fünf Jahre waren nicht von einer Ausrichtung an hinreichendem Wirtschaftswachstum, sondern von dem Trugschluss geprägt, dass sich Wettbewerbsfähigkeit automatisch einstellt.

Erst eine wachstumsfördernde und Arbeitsplätze schaffende Wirtschaftspolitik liefert die Grundlagen für eine zukunftsfähige und damit nachhaltige Sozial- und Umweltpolitik. Hierzu gehört auch die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Ein Aufweichen des Wachstums- und Stabilitätspaktes aufgrund einer inhaltlichen Verknüpfung mit der Lissabon-Strategie ist deshalb entschieden abzulehnen.

Der Wettbewerb der globalen Wirtschaftsräume stellt sich zunehmend als Innovationswettbewerb dar. Es ist deshalb dringend geboten, Innovation und Wissen als die Kernelemente für mehr Arbeitsplätze und Wachstum in Europa einzustufen. An dieser Vorgabe haben sich alle Politiken der europäischen Union zu orientieren. Unflexible Regulierungen und administrative Belastungen, die nicht den europäischen Standort stärken, sondern außereuropäischen Wettbewerbern einen Innovationsvorsprung und Wettbewerbsvorteil verschaffen, wie es zum Beispiel im Falle der Neuordnung des Chemikalienrechtes durch REACH vorgesehen ist, sind zu vermeiden beziehungsweise abzuschaffen.

Der im Beschluss von Barcelona vereinbarte Anstieg der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des BIP muss unverzüglich umgesetzt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf dem Europäischen Rat am 22./23. März 2005 für eine Überarbeitung der Lissabon-Strategie auf der Basis der Vorschläge der Europäischen Kommission vom 2. Februar 2005 einzusetzen;
2. sich dafür einzusetzen, dass die EU an dem Ziel, den Anteil von Forschung und Entwicklung am BIP der Europäischen Union auf 3 Prozent bis 2010 zu steigern, festhält;
3. sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene Wachstum und Arbeitsplätze in das Zentrum der Lissabon-Strategie zu stellen;
4. jedem Vorhaben, das sich gegen die Wettbewerbsfähigkeit und somit gegen das Wachstum in Europa richtet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt entgegenzutreten; europäische Gesetzes- und Richtlinienentwürfe sind dahin gehend zu überprüfen, ob sie Elemente von Überreglementierung und Erstarrung beinhalten;
5. in den Kernbereichen Wirtschaft und Soziales ihrer nationalen Verantwortung nachzukommen und ihre Aufgabe nicht in der reinen Umsetzung oder gar wachstumshemmenden Übererfüllung europäischer Richtlinien zu suchen;
6. auf deutscher Ebene eine auf das Lissabon-Ziel ausgerichtete nationale Strategie vorzulegen, die der beschäftigungswirksamen Wachstumsförderung eindeutige Priorität einräumt und über bisherige Reformvorhaben hinausgeht;

im Rahmen dieser nationalen Strategie sollten die folgenden Maßnahmen zur Schaffung von mehr Wachstum und Arbeitsplätzen umgesetzt werden:

- Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit von Kostennachteilen durch Senkung der Lohnzusatzkosten, insbesondere durch Reform der Sozialsysteme;

- Reform des Steuersystems mit dem Ziel der Vereinfachung und der Senkung von Steuersätzen bei gleichzeitiger Abschaffung von Ausnahmen, damit die Unternehmen wieder die Möglichkeit haben zu investieren und die Menschen die Belastung wieder verstehen und akzeptieren; im Rahmen der Steuerreform ist die Gewerbesteuer in die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu integrieren;
- Schaffung eines verlässlichen Finanzrahmens für Forschung und Hochschulen unter Einhaltung bestehender Kompetenzen;
- Schaffung von Anreizen in Bildungs- und Forschungsmärkten;
- Förderung der Wissensgesellschaft in Wachstumsmärkten wie z. B. Verkehrs- und Logistiksysteme, Medizintechnik sowie Luft- und Raumfahrttechnik;
- Vermeidung von Überreglementierung wichtiger Wachstumsbranchen (Biotechnologie, Chemie und Pharmazie);
- preiswerte Nutzbarmachung von Energie unter Berücksichtigung aller effizienten Energieträger und Herstellung der Netzwerkvoraussetzungen für einen grenzübergreifenden Wettbewerb im Energiebereich;
- Verbesserung der Effizienz und Preisstruktur des Personen- und Güterverkehrs durch mehr Wettbewerb im Schienenverkehr;
- Beseitigung von Infrastrukturengpässen, insbesondere im Hinblick auf Industrie und Mittelstand;
- Abbau von Überregulierung und Bürokratie;
- Umgestaltung des Bundeshaushaltes zur Erreichung der Lissabon-Zielvorgabe, 3 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufzuwenden.

Berlin, den 8. März 2005

Kurt-Dieter Grill
Karl-Josef Laumann
Dagmar Wöhrl
Alexander Dobrindt
Veronika Bellmann
Dr. Rolf Bietmann
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Reinhard Göhner
Ernst Hinsken
Robert Hochbaum
Volker Kauder

Michael Kretschmer
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Wolfgang Meckelburg
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Dr. Georg Nüblein
Dr. Joachim Pfeiffer
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Kurt J. Rossmanith
Hartmut Schauerte
Johannes Singhammer
Matthäus Strebl
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion